



Dies ist eine schöne Gedenkstätte
Lasst sie uns besetzen

Die Gedenkstätten, eine unendliche deutsche Erfolgsgeschichte?

Warum NS-Gedenkstätten und Dokumentationsorte zwar Räume für historisch-politische Bildung sind, aber noch lange nicht genug Platz für die verschiedenen Perspektiven bieten: Wir brauchen eine antifaschistische, radikal-demokratische Praxis der Gedenkstättenarbeit. Von Ines Brachmann, Cornelia Chmiel, Jennifer Farber, Jens Hecker, Anke Hoffstadt und Lisa Schank

Ein Bus auf der Rückfahrt von einem einwöchigen Seminar in der Gedenkstätte Auschwitz. Eine Schulklasse hat sich dort in Begleitung ihrer Lehrkräfte mit der Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust auseinandergesetzt. Die Jugendlichen reden, schauen aus dem Fenster, hören Musik, manche schlafen. Ein Schüler möchte der Klasse über das Busmikrofon einen Witz erzählen, merkt gegenüber der Lehrerin aber an, dass der Witz nicht politisch korrekt sei. Sie lässt sich den Witz daher vorab erzählen – er ist zutiefst antisemitisch. Die in der Nähe sitzenden Freund*innen des Schülers lachen und feiern ihn für seine Coolness, die Lehrkräfte sind schockiert und diskutieren über Stunden: Wie kann es sein, dass der Schüler so einen Witz erzählt, wo er doch gerade eine Woche in Auschwitz war? Was ist nun zu tun, wie sollen sie damit umgehen?

Die geschilderte Situation veranschaulicht eine weit verbreitete, darum aber nicht minder problematische

Erwartungshaltung an Gedenkstättenbesuche. Sie werden offenbar als eine Art Schutzimpfung gegen antidemokratische Haltungen, gegen Antisemitismus und Rassismus gesehen. Das historische Lernen über die Verbrechen in den Konzentrationslagern, so die Idee, schütze vor Wiederholung und mache die Besuchenden zu aktiven Demokrat*innen – oder verhindere zumindest, dass sie in der Öffentlichkeit antisemitische Witze reißen. Angenommen wird wohl, dass alleine schon die Anwesenheit vor Ort und die Beschäftigung mit der Geschichte des Nationalsozialismus eine Art Immunisierung gegen rechte Ideologien und die Bindungskräfte neuer sozialer Bewegungen von rechts mit sich bringe. Doch das ist zu kurz gedacht, so funktioniert Lernen nicht.

Hinzu kommt, dass so eine vermeintliche Schutzimpfung vor allem für bestimmte Gruppen als notwendig erachtet wird, und zwar besonders für diejenigen, die in die ach so demokratische Gesellschaft eingegliedert

werden sollen. Wahlweise wird deswegen Jugendlichen, Geflüchteten oder auch Neonazis ein Besuch im KZ verschrieben. Allein die Unterschiedlichkeit der aufgezählten Zielgruppen zeigt die Absurdität solcher Vorstellungen.

Der Besuch und die Auseinandersetzung mit der Geschichte dieser Orte werden damit nicht als Wert an sich anerkannt, sondern nehmen den Charakter eines demokratischen Initiationsritus an. Die Überzeugung, die dahintersteht, ist relativ simpel: Hier soll gezeigt werden, dass

Deutschland aus seiner schlechten Vergangenheit gelernt hat. Die Besuchenden werden im besten Falle vollwertige

Mitglieder einer geläuterten und belehrten Gesellschaft. In regelmäßigen Abständen formulieren Politiker*innen in Debatten um Rassismus und Antisemitismus verpflichtende Aufenthalte in Gedenkstätten als Lösungsvorschlag, insbesondere für Zielgruppen, denen ein vermeintliches Demokratiedefizit zugeschrieben wird. Problematisch daran ist neben einer Bedeutungsüberfrachtung der Orte und Besuche, dass Antisemitismus und Rassismus nicht als strukturelle Probleme behandelt werden, die die ganze Gesellschaft betreffen und damit auch von allen angegangen werden müssen. Anscheinend gehen die meisten davon aus, dass ein Großteil bereits aus der Geschichte gelernt habe.

Erinnerungsarbeit muss gesellschaftskritisch bleiben

Die Erwartungshaltung einer schnellen Läuterung überfordert die Gedenkstättenarbeit und schränkt sie gleichzeitig ein: Wie sich die Besuchenden den Orten annähern, welche Lehren aus ihrer Geschichte abgeleitet werden sollen (und können), wie und zu welchen Anlässen darauf Bezug genommen wird, scheint zunehmend festzustehen. Dabei gäbe es gute Gründe, die gedenkpolitischen Rituale und Konventionen kritisch zu hinterfragen. So prägt beispielsweise das Wissen darum, dass am „Lernort Gedenkstätte“ ein entsprechend angepasstes Verhalten und vor allem eine vermeintlich angemessene Betroffenheit erwartet werden, wiederum die Besuchenden. In Gedenkstätten sind Trauer und Andacht daher nicht nur Ausdruck des Gedenkens an die Toten, sondern können auch

der Selbstvergewisserung dienen, auf der Seite der Guten zu sein. Die Besuchenden stehen damit unter dem Druck, die passenden Gefühle zu haben und sie auch zum Ausdruck zu bringen, denn an der Menge der verweinten Taschentücher scheint sich das Lernen aus der Geschichte messen zu lassen.

Als Aufgabe der Pädagogik sehen wir es allerdings nicht an, Rituale oder ein feststehendes Wertepaket weiterzureichen, sondern einen offenen Aushandlungsprozess zu ermöglichen: Aushandlungsprozesse,

die etwa helfen können, mit der beispielhaften Szene von der Rückfahrt von Oświęcim umzugehen, beispielsweise

Ist Deutschland vielleicht gar nicht „Erinnerungsweltmeister“?

wenn wir mit den Teilnehmenden der Studienfahrt in den Austausch darüber einsteigen, warum der Besuch einer Gedenkstätte vielleicht nur wenig dazu beitragen kann, dass es keinen Antisemitismus mehr gibt. Darüber, welche Bedeutung es für uns hat, uns überhaupt über Geschichte zu informieren, über den Holocaust nachzudenken oder etwas über den Nationalsozialismus zu erfahren. Wir könnten fragen, ob Deutschland tatsächlich erfolgreich darin war und ist, seine Geschichte aufzuarbeiten. Ist Deutschland vielleicht gar nicht „Erinnerungsweltmeister“? Was stimmt nicht mit dieser Erzählung einer abgeschlossenen Vergangenheitsbewältigung?

Genau diese Aushandlungsprozesse sind zwar notwendig, um eine anhaltende Auseinandersetzung zu ermöglichen, zugleich aber nicht gewünscht, weil sie die bestehende Ordnung ins Wanken bringen können. Statt diese Verunsicherung zuzulassen und Erinnerungsarbeit als gesellschaftskritische Praxis zu verstehen, wird das historische Lernen an Gedenkstätten zumeist in den Dienst der Stabilisierung von Herrschaft gestellt. Das produziert Ausschlüsse und Barrieren: Eine Teilhabe im Sinne von echter Partizipation und Mitgestaltung der Erinnerungsdiskurse hingegen ist nicht (oder nur selten) vorgesehen.

Gedenkstätten waren politisch gemeint

„Stabilisierung von Herrschaft“? Das steht aber so nicht in der Broschüre der Gedenkstätte. Sichert uns etwa der „richtige“ Umgang mit der Vergangenheit eine demokratische und menschenfreundliche Zukunft?

Um die Gemengelage an Gedenkstätten zu verstehen, lohnt sich ein Blick auf ihre Entwicklung. Viele sind noch gar nicht so alt. Bis sich Gedenkstätten von kleinen Räumen alternativen Gedenkens zu wichtigen, nationalen Institutionen veränderten, war es ein langer Weg. In Westdeutschland mussten bis in die 1960er Jahre vor allem die Verfolgten selbst für ihre Anerkennung und Entschädigung kämpfen – einige bis heute vergeblich. Explizit antifaschistische und kommunistische Gruppen wollten nicht nur über die Verbrechen aufklären, sondern klagten in den 1950er und 1960er Jahren faschistische Überreste in der Bundesrepublik an. Zur Zeit des Kalten Krieges standen sie damit auf verlorenem Posten, denn schließlich war und blieb der Kommunismus das Feindbild. Die neuen sozialen Bewegungen, gerne verkürzt als „die 68er“, schafften es dennoch, an vielen Grundsätzen der Nachkriegsgesellschaft zu rütteln. In diesem Klima konnten sich Initiativen bilden, die mit einem Blick von unten die Geschichten vor ihrer eigenen Haustür erforschten. So wurde ein Bewusstsein dafür geschaffen, dass nicht nur im fernen Auschwitz oder im abstrakten „Osten“ Verbrechen begangen worden waren, sondern sowohl Verfolgte als auch Täter*innen in der eigenen Region beheimatet waren. Diese Erkenntnis stellte nochmals fundamentale Fragen an den Umgang mit diesem Wissen und zu den daraus gezogenen möglichen Konsequenzen. So war die Gedenkarbeit der meist lokalen Arbeitskreise und Gruppen eine Intervention in bestehende (Miss-)Verhältnisse und Leerstellen. Sie meinten es politisch.

Wenig bis nichts deutete darauf hin, dass 40 Jahre später etablierte Politiker*innen in Regierungsverantwortung zum allumfassenden Pflichtbesuch in die Gedenkstätten aufrufen würden. Doch dann kam die Wende, also „die Wende“, wie hier die Revolutionen in Osteuropa hießen. Zwischen 1989 und 1991 löste sich nicht nur die Sowjetunion auf: Die DDR wurde Teil der Bundesrepublik. In der DDR hatte die Entwicklung von Gedenkstätten einen anderen Verlauf genommen als in Westdeutschland. Bereits ab den 1950er Jahren schuf man dort große staatliche Gedenkstätten – sogenannte Nationale Mahn- und Gedenkstätten –, denn die Erzählung des Siegs des Sozialismus über den Faschismus spielte eine zentrale Rolle für die

Selbstlegitimation des jungen Staates. Damit waren sie wichtige Orte antifaschistischer Selbstvergewisserung. Ganz selbstverständlich fanden dort gesellschaftliche Initiationsrituale statt. So wurden etwa in der Gedenkstätte Buchenwald angehende Polizist*innen auf die Weiterführung des „antifaschistischen Kampfes“ vereidigt und Jugendliche waren verpflichtet, die Gedenkstätten anlässlich ihrer Jugendweihe zu besuchen. Die zentrale Stellung, die die Gedenkstätten einnahmen, forderte den Preis einer politisch zugespitzten Darstellung der komplexen Geschichte der Konzentrationslager: Im Vordergrund stand das Leiden und der Widerstand der Kommunist*innen, andere Opfergruppen erhielten nicht die gleiche Aufmerksamkeit.

Neuausrichtung der Gedenkstätten

Nach 1990 gab es jetzt also im Osten große staatliche Gedenkstätten, im Westen befand sich mit wenigen Ausnahmen eine heterogenere Landschaft aus kleineren, wenn überhaupt kommunal unterstützten

Gedenkstätten. Dies wurde zugespitzt so verstanden: Die einen waren demokratisch in einer Demokratie erkämpft und die anderen staatlich in einer Diktatur gelenkt. Diese Schiefelage sollte eine bundesdeutsche Gedenkstättenkonzeption ausgleichen. Die Gedenkstätten im Osten sollten ausgewo-

gener werden und die im Westen staatlich abgesichert und erweitert. Grundvoraussetzung war eine jeweilige nationale Bedeutung des Ortes und der späteren Gedenkstätte. Um 2000 fand also eine Neuausrichtung der Gedenkstättenlandschaft statt, die die Bundesrepublik auch außenpolitisch nutzte. Nicht zuletzt ging es darum, Europa und der Welt zu beweisen, dass hier ein geläutertes, demokratisches und weltoffenes Deutschland vereinigt worden war. Die Gedenkbewegung, die sich explizit als politisch und machtkritisch verstanden hatte, wurde nun Teil der Erzählung der vermeintlich guten und entnazifizierten Nation – mal vereinnahmt, mal aus eigenen Stücken. Handlungsräume zwischen Feigenblatt und der (politischen) Kröte, die es zum wirtschaftlichen Selbsterhalt zu schlucken gilt, bleiben als Herausforderung bis heute.

Die Gedenkbewegung wurde nun Teil der Erzählung der vermeintlich guten und entnazifizierten Nation

Wir müssen reden

Mit manchen dieser Kröten müssen sich kritische Gedenkstättenmitarbeitende in ihrer täglichen Praxis beschäftigen. Ein Beispiel veranschaulicht, wie dies konkret aussehen kann, wenn Gedenkstätten zum willkommenen Hintergrundbild werden:

Nach dem Bekanntwerden zahlreicher extrem rechter Chatgruppen bei diversen Polizeidienststellen (nicht nur) in Nordrhein-Westfalen, erscheint im Januar 2021 das Magazin der Polizei in NRW *Die Streife* zum Schwerpunktthema „Rechtsextremismus in der Polizei“. Darin ein sechsseitiger Leitartikel, illustriert mit Bildern, auf denen sich Beamte in der Mahn- und Gedenkstätte Steinwache in Dortmund ablichten ließen. Der Ort findet in dem Artikel weder großartig Erwähnung noch wird erklärt, warum genau diese Hintergrundkulisse für die Bebilderung des Beitrags gewählt

wurde. Eine Publikation, die dazu noch vor allem der Selbstdarstellung der Polizei als Hüterin der Demokratie

dient. Während darin die neonazistischen Netzwerke innerhalb der Polizei als verachtenswerte Einzelfälle abgetan werden, anstatt sie als Ausdrucksformen des strukturellen oder institutionellen Rassismus und Antisemitismus zu verstehen, werden gleichzeitig Menschen, die von Rassismus betroffen sind anhand rassistischer Stereotype beschrieben und ihnen ihre Diskriminierungserfahrungen als Übertreibungen und Schuldabwehr abgesprochen.

Es scheint fast so, als würde das bloße Betreten einer Gedenkstätte (beziehungsweise das sich darin ablichten lassen – pic or it didn't happen!) schon beweisen, dass es so schlimm nicht bestellt sein kann, etwa um die demokratische Grundeinstellung von Polizist*innen. Selbstreflexion oder Institutionskritik ist da natürlich nicht mehr nötig. Wie praktisch.

Dass der einmalige Besuch einer Gedenkstätte also nicht nur eine nachhaltige Wirkung in Sachen Demokratie und Menschenrechte erzeugen soll, sondern darüber hinaus noch benutzt wird, um das Image etwa von Institutionen wie Polizei und Bundeswehr zu verbessern, macht uns nicht gerade Hoffnung. Gedenkstätten sollten weder der Selbst-

darstellung dienen, noch lassen sich Machtkritik und Empathie für verschiedene historische Verfolgtengruppen und Menschen, die gegenwärtig Diskriminierung erfahren, in einem Kurzprogramm einimpfen. Statt als Quelle gesellschaftspolitischer Sicherheit, begreifen wir sie als Räume der Verunsicherung vermeintlicher gesellschaftlicher Gewissheiten. Darüber müssen wir reden.

Räume öffnen, Banden bilden: Perspektiven für eine neue Erinnerungsarbeit

Mit dem Arbeitskreis *Räume öffnen* haben wir uns einen Raum für Reflexion und Austausch geschaffen, indem wir genau dies tun. Ein Raum, den wir auch als Handlungsraum begreifen, um aus der Kritik erinnerungskultureller Entwicklungen Gegenstrategien zu entwickeln. Unser kontinuierlicher Austausch macht uns dabei immer wieder bewusst, dass wir aufmerksam, hart-

näckig und sperrig sein müssen, wenn wir etwas verändern wollen. Gleichzeitig haben wir gemerkt: Mit

unserer Kritik an der Etablierung und Instrumentalisierung von Gedenkstätten und insbesondere der Bildungsarbeit an den Orten stehen wir gar nicht so alleine da, wie es im pädagogischen Alltag erscheinen mag. Unsere Devise lautet deshalb: Bildet Banden!

Der Name unseres Arbeitskreises ist Programm. Gemeinsam verfolgen wir das Ziel, antifaschistische, verunsichernde und radikal-demokratische Räume zu öffnen. Wir wollen Teilhabe als Mitbestimmung leben, gegenhegemoniale Positionen (ein-)beziehen, eine inklusive Erinnerungskultur durchsetzen, rassistische und alle anderen diskriminierenden Realitäten stören und aktiv für eine solidarische Gesellschaft der Vielen eintreten.

Bildungsarbeit an Gedenkstätten und NS-Dokumentationszentren soll und muss kritische Fragen an die Gesellschaft, an Akteur*innen und Strukturen stellen und in diese hineinwirken. Dabei gilt es auch, Diskriminierung als gesellschaftliche Realität anzuerkennen, an der die Institutionen teilhaben, an denen wir arbeiten. Es bedarf eines (selbst)kritischen Blickes, der Ausschlüsse sichtbar macht und bekämpft.

Es bedarf eines (selbst)kritischen Blickes

Der Nationalsozialismus war das Resultat gesellschaftlich verankerter völkischer und somit rassistischer und antisemitischer Haltungen. In diesem Sinne können Gedenkstätten nur antifaschistische Räume sein. Dazu gehört auch der konsequente Ausschluss rechter Positionen und Akteur*innen. Nur so können unsere Institutionen offene Räume sein, in denen sich alle sicher fühlen können.

Die Gedenk- und Erinnerungskultur selbst bedarf einer Demokratisierung. Allen Personen, die sich an historischen Tatsachen orientiert mit den Verbrechen des Nationalsozialismus befassen und diese weder relativieren noch verherrlichen, sollte – unabhängig von Status und Position – der Zugang zu Mitgestaltung und Teilhabe über die Belange der Institutionen ermöglicht werden, etwa durch Mitarbeit in Gremien, Zugang zu Fortbildungen und Diskussionsräumen. Dabei müssen die Perspektive und die Teilhabe strukturell Benachteiligter, ihrer Geschichten und Geschichtsbilder, dabei sein, am liebsten: gemeinsam.

Wir wollen, dass Gedenkstätten wieder zu undisziplinierten Orten werden, unbequem für den (nationalen) Konsens einer wiedergutgewordenen Gesellschaft. Kurz gesagt: Wir begreifen Gedenkstätten als Orte der gesellschaftlichen Verunsicherung – und wir meinen es politisch!<

*Die Autor*innen sind Teil des Arbeitskreises Räume Öffnen, einem losen Zusammenschluss unterschiedlicher Personen, die pädagogisch zum Themenfeld Erinnerungskulturen und Nationalsozialismus arbeiten und größtenteils pädagogisch und kuratorisch an unterschiedlichen Gedenkstätten und NS-Dokumentationszentren im deutschsprachigen Raum tätig sind.*